

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : die Angst vor der Wahrheit ; Israel als Handelsware? ; Die Sechste Republik ; Sozialistische Tragödie ; Der Weg Nordkoreas ; Fortschritt in Kuba
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141601>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Angst vor der Wahrheit Geht der amerikanische *Vietnamkrieg* nun doch wirklich seinem Ende entgegen? Man könnte es fast meinen, wenn man hört, wie allgemein und wie offen in der Bevölkerung und im Schosse beider grossen Parteien der Vereinigten Staaten das Verlangen nach einer einseitigen, massiven Verminderung der Kampfkraft des in Südvietnam stehenden Überseeheeres (jetzt 542 000 Mann) zum Ausdruck kommt. «Eine Zeitlang», so berichtet der amerikanische Mitarbeiter des Londoner «New Statesman» (16. 5.), «war es schwer, irgend jemand in irgendeinem Lager in Washington zu finden, der *keine* Truppenverminderung befürwortete.» Sogar das Pentagon, der riesenhafte Mittelpunkt der USA-Militärmaschine, schien zu einem bescheidenen Mannschaftsabzug (etwa 50 000 Köpfe umfassend) bereit, der freilich die Kampfkraft der verbleibenden halben Million Mann nicht hätte schwächen dürfen. Trotz allen Vernebelungsbemühungen dringt eben doch mehr und mehr die Wahrheit über Vietnam im amerikanischen Volk und in seiner politischen und wirtschaftlichen Führerschaft durch, dass – mindestens bei der gegenwärtigen Kriegführung – ein Sieg für die Vereinigten Staaten längst unmöglich geworden, dass also der Krieg einfach verloren ist. Und zwar nicht unverdienterweise. Vielmehr setzt sich gleichzeitig auch die Erkenntnis durch, dass Amerikas kriegerisches Eingreifen in Vietnam auf einer elenden Lüge und einer unerträglichen Anmassung beruht. Kein «freies» Vietnam war von kommunistischer Knechtung bedroht; es war eine verderbte, reaktionäre, volksfeindliche Oberklasse, die im Kampf mit einer damals wesentlich nichtkommunistischen, insbesondere bäuerlichen Volkserhebung stand und die Waffenhilfe der ersten Militärmacht der Welt anrief. Und in der grenzenlosen Anmassung, von der die Führer dieser Militärmacht schon längst ergriffen waren, beschloss man in Washington, die Rolle des gegenrevolutionären Weltgendarmen auch in Vietnam zu spielen. Ja, man ging amerikanischerseits sogar über die Wünsche der südvietnamesischen Regierung weit hinaus, als man nach wenigen Jahren vergeblicher Versuche, den Bauernaufstand niederzuschlagen, den Krieg ganz in die eigene Hand nahm und entgegen dem Rat der Saigoner Machthaber immer mehr ausdehnte und verschärfte, so dass von dem zu «befreienden» Land bald nichts mehr übrig bleibt als Trümmer, Wüsteneien und Leichenhaufen. (Vgl. die aufschlussreichen Feststellungen nach I. F. Stone im Maiheft der «NW».) Diese Lüge und diese Anmassung, die hinter dem amerikanischen «Freiheitskrieg» in Vietnam stehen, sie sind es nun, die im politischen Bewusstsein der Vereinigten Staaten Stück um Stück zusammenbrechen und ihre Scheinmacht ganz offenkundig verlieren. Ein Vorgang von – man möchte sagen: weltmoralischer Bedeutung!

Aber die Regierung des Präsidenten Nixon weigert sich noch immer hartnäckig, den bitteren Tatsachen ins Gesicht zu sehen – oder doch vor ihrem Volk diese Tatsachen offen und ehrlich einzugestehen. Sie dreht und

windet sich in einer fast Mitleid erregenden Art, um nur ja keinen Schritt zu tun, der als unwiderruflicher Verzicht auf das amerikanische Kriegsziel – «Rettung Vietnams und ganz Südostasiens vor dem Kommunismus» – ge- deutet werden müsste. Und das ist vom Standpunkt des USA-Imperialismus aus auch wirklich zu begreifen. In Vietnam haben sich während der Kriegs- dauer zahlreiche amerikanische Wirtschaftsunternehmen festgesetzt, dar- unter zwei führende Banken und einige der grössten Baugeschäfte, die alle auch auf die benachbarten Länder Südostasiens übergreifen. Die 30 Milliar- den Dollar, die der Vietnamkrieg alljährlich kostet, «befruchten» ausserdem ganze Wirtschaftszweige und Landesteile in den USA selber und haben eine zivile und militärische Bürokratie zum Blühen gebracht, die an einer Fort- setzung des Krieges unmittelbar interessiert ist. Vielleicht noch entscheiden- der aber ist natürlich, wie hier schon manches Mal hervorgehoben wurde, die Erwägung, dass eine Waffenstreckung in Vietnam für die «allmächtigen» Vereinigten Staaten eine nationale Demütigung und eine Minderung ihres Weltansehens bedeuten würde, wie sie katastrophaler schwer ausgedacht werden könnte. Alle kapitalismusfeindlichen Kräfte in der Welt würden wahrscheinlich aus einem solchen Ereignis Nahrung und Ermutigung ziehen, die das ganze Gesicht unserer Zeit zu verändern geeignet wären. Unsere brave «Neue Zürcher Zeitung» würde ja direkt Krämpfe bekommen ob einem derartigen Schauspiel, ja schon in der Vorahnung seines schicksalhaf- ten Herannahens...

In Washington weiss man auf jeden Fall nicht mehr, wo aus und wo ein. Den Vietnamkrieg mit den bisher geübten Methoden fortsetzen – das kann höchstens den Eintritt der Katastrophe hinausschieben. Die Kriegführung aber aufs neue verschärfen, wirksamere Massenvernichtungswaffen einsetzen, Nordvietnam zu Land und wieder aus der Luft angreifen oder gar den Krieg auf China ausdehnen – das hiesse nicht nur Vietnam vollends ganz zerstören, es hiesse auch wohl einen Weltbrand entzünden, dessen Schrecken für uns alle überhaupt unausdenkbar wären. So wird es vermutlich in absehbarer Zeit zu gar keiner klaren Entscheidung zwischen Steigerung des Vietnam- krieges und Rückzug der amerikanischen Armee aus Südostasiens kommen. Der Krieg wird ungefähr wie bisher solange weitergehen, bis die Regierung Nixon den Mut findet, die Saigoner Machthaber zu zwingen, dass sie der Aufnahme der Nationalen Befreiungsfront in eine künftige südvietnami- sche Regierung zustimmen, was gleichbedeutend mit der Preisgabe des gan- zen erhabenen Zweckes wäre, für den sich die Vereinigten Staaten in diesen Krieg gestürzt haben. Kann man vernünftigerweise eine solche Wendung der Geschicke Vietnams und Amerikas überhaupt noch erwarten?

Israel als Handelsware ? Im *Nahen Osten* ist im Augenblick die Gefahr eines offenen und allumfassenden vierten Krieges um Israel nicht sehr gross. Ägypten ist noch keineswegs zum neuen Waffengang bereit und noch viel weniger die anderen arabischen Staaten. Die Sowjetunion aber und die Vereinigten Staaten von Amerika, auf die beide es in letzter Linie ankommt, suchen alles zu vermeiden, was

den Krieg herbeiführen könnte. Dies gewiss auch im Blick auf die Entschlossenheit Israels, im äussersten Fall die Atomwaffen einzusetzen, an deren Herstellung es allen Ablehnungen zum Trotz arbeitet. (Der westdeutsche «Spiegel» hat darüber sehr genaue Angaben veröffentlicht.) Die Hauptgefahr für Israel besteht darum zurzeit darin, dass ihm die «Vier Grossen» – Amerika, Sowjetunion, Grossbritannien, Frankreich – die für *ihre* Vorteile am zweckmässigsten erscheinende «Lösung» des Nahost-Konfliktes aufzuzwingen versuchen.

Wir haben hier wiederholt festgestellt, dass eine derartige «Friedensregelung» von Israel mit Recht abgelehnt wird. Sosehr wir eine internationale Gewährleistung des Bestandes eines jüdischen Staatswesens für notwendig halten, so wenig Sicherheit gäbe Israel ein Viermächteabkommen, das es einfach zum Gegenstand eines politischen Handelsgeschäftes der «Vier Grossen» herabdrücken würde. Die Sowjetunion würde bestimmt nicht mehr als eine papierene Anerkennung Israels durch die Araber verlangen, die auch dann, wenn sie ein entsprechendes Abkommen unterschreiben sollten, tatsächlich auf der Vertreibung der Juden aus Palästina beharren würden. (Wer etwas anderes von ihnen erwartet, steckt einfach den Kopf in den Sand.) Die Vereinigten Staaten aber würden ohne viel Bedenken Israels wirkliche Sicherheit opfern, wenn sie damit eines ihrer höchsten Ziele, die «friedliche» Verständigung mit der Sowjetunion, erreichen könnten. Und England wie Frankreich würden sich selbstverständlich einem solchen amerikanisch-russischen Handelsabkommen ohne unnötiges Zieren anschliessen. So sieht man wenigstens in Israel die Lage an – und man hat dort keinen Grund, sie optimistischer zu beurteilen.

Wie sehr Israel in den Augen der internationalen «Realpolitiker» zur blossen Figur auf dem Schachbrett der grossen und kleinen Machtstaaten geworden ist, zeigt handgreiflich auch die Rolle, die es in den Berechnungen der *Deutschen Demokratischen Republik* spielt. In ihrem verzweifelten Bemühen, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch das Ausland zu erlangen (ein Bemühen, das grundsätzlich hundertmal gerechtfertigt ist), greifen die Ostberliner Staatslenker zu jedem, auch dem schmutzigsten Mittel. Die würdelose Umwerbung und Umschmeichelung Ägyptens hat ihnen bisher zwar nichts genützt; in Guinea und Tansania haben sie sogar offenkundige Niederlagen einstecken müssen. Aber mit dem *Irak* ist es ihnen nun endlich doch gelungen, den ersten nichtkommunistischen Staat zur Anerkennung der DDR als eines vollwertigen Staates zu bringen. Lang schien zwar auch hier alles Liebeswerben der DDR-Politiker um Irak vergeblich zu bleiben. «Sie schickten», so erinnert der «Spiegel» (Nr. 20/1969), «Schauspieler und Medikamente, Dattelpackungsmaschinen und Arabistikprofessoren, das Bläserquintett der Dresdener Staatskapelle und eine Fussballelf der Nationalen Volksarmee. Staatsemissäre Walter Ulbrichts reisten hintendrin – 16mal seit 1958. Doch erst die 17. DDR-Expedition ins Land Harun al Raschids brachte dem Arbeiter- und Bauernstaat Anfang Mai, worum er seit elf Jahren gebeten hatte: die volle diplomatische Anerkennung.» Das wird nun in der DDR als grossartiger Triumph gefeiert – und ist doch nur

sauerverdientes Trinkgeld, das ihr eine der grausamsten Militärdiktaturen der Welt spendete, eines Staates, der alle wirklichen und angeblichen Kommunisten ermorden lässt, jede andere Opposition brutal erstickt und nicht zuletzt auch die kurdische Minderheit am liebsten ganz ausrotten würde. Aber das geniert die Regierung Ulbricht herzlich wenig. Und noch viel weniger geniert sie es, dass sie, um die arabischen Staaten für ihre Anerkennungspolitik zu gewinnen, Israel vollkommen preisgeben, ja schmähen und verleumden muss – sie, die Regierung eines deutschen Staates, dessen Führer sich schämen sollten, tatkräftig mitzuhelfen, dass Hitlers Absicht einer «Endlösung» der jüdischen Frage nun wenigstens auf dem Boden Palästinas verwirklicht wird. Schmunzelnd kassierten die Ostberliner Politiker denn auch den Lohn für ihre israelfeindliche Haltung ein, den ihnen ein weiterer arabischer Staat, der Sudan, ausbezahlt, nachdem dort eine Regierung der Linken durch Staatsstreich ans Ruder gekommen war. Die neuen Herren in Khartum sagten es ausdrücklich: die Anerkennung der DDR, die sie ausgesprochen haben, geschehe «aus Dankbarkeit» für die Unterstützung der arabischen Politik gegenüber Israel durch Ostdeutschland. Es ist einfach Judaslohn, der den Machthabern in der DDR ausgehändigt wird, der ihnen aber in der Hand brennen müsste, wenn sie überhaupt noch ein Gewissen hätten – so sehr man der DDR beispielsweise auch ihre Anerkennung durch die Regierung von *Kambodscha* gönnen möchte, die zum Leidwesen der Bundesrepublik nach Irak und noch vor dem Sudan erfolgt ist. Mit solchen Mitteln, wie sie die Regierung der DDR anwendet, ihre politische Aufwertung zu betreiben, heisst ihre *moralische Abwertung* bewerkstelligen und der Sache des Sozialismus, für die sich die DDR so vielfältig einsetzt, schweren Schaden zufügen.

Die Sechste Republik In Westeuropa hat während der letzten Wochen namentlich der *Präsidentschaftskampf in Frankreich* die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Er ist zwar noch nicht endgültig entschieden; aber ein paar Bemerkungen, die unmittelbar nach dem ersten Wahlgang gemacht werden, fordert er doch heraus. Vor allem: Wenn ich hier nach de Gaulles Sturz vom Ende seines politischen Regimes selbst redete, so hat sich das als – leider – voreilig erwiesen. De Gaulles ehemaliger Ministerpräsident *Pompidou*, den der General als seinen Nachfolger im Amte des Staatspräsidenten ansah, hat sich wider Erwarten so nahe an das absolute Mehr der Wählerstimmen herangeschoben, dass Senatspräsident Poher, sein Hauptgegner, wenig Aussicht hat, ihn im zweiten Wahlgang zu überflügeln, auch wenn die Linksgruppen, namentlich die Kommunisten, ihre Wähler sozusagen zu 100 Prozent ihm zuzuführen vermögen. Und das heisst, dass der Gaullismus in Frankreich noch keineswegs erledigt ist. Er wird sicher in verändertem Stil fortleben; aber was die Hauptsache ist: die zu gewärtigenden Veränderungen werden die Tatsache nicht umstossen, dass in Frankreich weiterhin die entscheidende Macht im Staat, besonders in Form der Präsidentschaft und des von ihr abhängigen Parlaments – dieses Zerrbild von Volksvertretung –, in den Händen des Gross-

kapitals liegen wird. Der für Frankreich allein mögliche Zustand des Halbfaschismus wird weiterdauern, bis die Opposition, über alle sonstigen Gegensätze hinweg, wirklich handlungsfähig geworden sein wird.

Das Versessensein der nichtgaullistischen Parteien und Gruppen auf diese ihre Gegensätze hat auch diesmal wieder ihre Sammlung auf das nächste grosse Ziel hin – die Überwindung des Gaullismus – verhindert. Die Sozialdemokraten um Deferre – der alles eher als ein Sozialist ist – sind nicht einmal in der Anerkennung dieses Zieles einig gewesen. Die Kommunisten erklären, Frankreich sei überhaupt noch nicht zum Sozialismus reif; möglich sei höchstens eine «fortgeschrittene Demokratie» mit sozialem Einschlag. Die Unabhängigen Sozialisten finden, dass auch die Linke noch weit davon entfernt sei, sozialistische Lösungen vorzuschlagen. Und die äusserste Linke, mit Krivine als Sprecher, erwartet die sozialistische Revolution nur von einer erfolgreichen Wiederholung der Bewegung vom Mai 1968, mit dem Ziel einer Diktatur des Proletariats im Sinne Lenins und Trotzki. Es wird also noch viel Wasser unter den Seine-Brücken hinabfliessen, bis sich die französische Linke auf ein hieb- und stichfestes Tätigkeitsprogramm einigen wird, das es erlaubt, wenigstens den ersten grossen Schritt zur Gesamtumwälzung von Wirtschaft und Staat hin zu tun, den Frankreich allerdings – trotz seiner Wirtschaftsblüte – so dringend nötig hat wie das tägliche Brot.

Sozialistische Tragödie Mit der *Tschechoslowakei* ist es ein Jammer. Die Rückbildung zu einem Diktatursozialismus ältesten Kalibers – genannt Normalisierung – ist weiterhin in vollem Gang. Alle freiheitlichen Errungenschaften der Reformzeit sind vernichtet; Presse, Radio, Fernsehen und Literatur sind wieder geknebelt; die Ansätze zu einer wirklichen Selbstregierung des Volkes und zur Betriebsdemokratie sind zerschlagen – alles im Namen des Sozialismus, der nur von oben her, gewaltsam, verwirklicht werden könne mit Hilfe einer stramm militärisch disziplinierten Kommunistischen Partei, die alle Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung fest in ihrer Hand habe und deren Führer vor der unbefugten Einmischung von unten her in ihre selbstherrlich gefassten Beschlüsse unbedingt gesichert sein müssten.

Gegen diese Auffassung des Sozialismus, die zu einer unerträglich gewordenen Verderbnis und Entartung auch seiner leninistischen Spielart geführt hat, richtete sich die Reformbewegung von 1967/68. Der gewaltlose Sturz des Novotny-Regiments durch die Gewerkschaften, die im Bund mit den Studenten, Schriftstellern und Künstlern standen, war denn auch eine gesellschaftspolitische Leistung ersten Ranges, die beispielgebend für ganz Europa, ja weit darüber hinaus, hätte werden können. Kein Wunder, dass die Machthaber in Moskau, Warschau, Ostberlin usw. darob zutiefst erschrocken waren und alles daran setzten, dass «so etwas» in ihrem Herrschaftsbereich nicht noch einmal passieren dürfe und dass in der Tschechoslowakei das schon Passierte schleunigst rückgängig gemacht werde. Als Vorwand diente ihnen die Behauptung, die CSSR sei bereits auf dem Weg,

um zum westlichen Sozialdemokratismus, ja Kapitalismus und Imperialismus überzugehen, also auf dem Weg zur Gegenrevolution.

Dass man im Westen die Entwicklung der Dinge in der Tschechoslowakei tatsächlich in diesem Lichte sah, unterliegt keinem Zweifel. Und es wäre merkwürdig gewesen, wenn es in der CSSR selber nicht auch Gruppen gegeben hätte, die ähnlich spekulierten. Mir persönlich war es immer etwas unbehaglich zumute, Professor Ota Sik von einer «sozialen Marktwirtschaft» reden zu hören, die die zentralistische Planung mit ihren katastrophalen Misserfolgen, wie sie auch in der CSSR zutage traten, ablösen sollte. Würde das nicht zu jener Politik des blossen Wohlfahrtsstaates, ohne Sozialisierung der grossen Wirtschaftsmittel, aber mit halbkapitalistischen Arbeitsantrieben, führen, die für die sozialdemokratischen Parteien des ganzen Westens kennzeichnend ist? Und würde das, folgerichtig weitergedacht, nicht das Ende aller sozialistischen Revolutionsbewegung im Westen bedeuten, den späten Triumph des Amerikanismus also und des klassischen Antikommunismus, der seit dem Aufkommen der Sowjetunion die ganze westeuropäisch-nordamerikanische Weltpolitik beherrscht hat und zum Teil noch weiter beherrscht?

Man konnte in guten Treuen so fragen. Aber solch ferne Möglichkeiten zur Grundlage einer brutalen Vergewaltigung der Tschechoslowakei mit grösstem militärischem Machtaufwand zu machen, das stempelte diese «Retungsaktion für den Sozialismus» um so mehr zu einem auf Lüge und Heuchelei beruhenden Tun, als die Sowjetunion selbst mit der sozialistischen Revolution fertig und längst auf dem Weg zu einem blossen Wohlfahrtsstaat ist, der mehr und mehr von bürgerlich-kapitalistischem Geist erfüllt wird. Die tschechoslowakische Reformbewegung andererseits war ganz entscheidend von leidenschaftlich sozialistischem Willen getragen, der trotz allen Unklarheiten, die der Bewegung anhafteten, den Grundsatz des Gemeineigentums an den Wirtschaftsmitteln und der demokratisch beaufsichtigten Gesamtplanung von Produktion und Verteilung festhielt. Aber es war eben ein *freiheitlicher* Sozialismus, der da heranwuchs – und *das* war es vor allem, was die erstarrte, unlebendig gewordene Oberschicht der kommunistischen Länder in ihrer Herrschaftsstellung bedrohte. *Darum* mussten die Reformer, mit Dubcek als volkstümlichstem Sprecher, als Gegenrevolutionäre gebrandmarkt und unerbittlich aus allen führenden Stellungen verdrängt werden, Schritt für Schritt, fast unerträglich langsam nach sowjetischem Empfinden, aber um so sicherer.

Dass sich die Führer der Reform und der Massenorganisationen, die sie trugen, besonders die Gewerkschaften, zu dieser «Normalisierung» der Lage selber hergaben und der Widerstand dagegen auf immer kleiner werdende Gruppen beschränkt wurde, das ist die eigentliche Tragödie des tschechoslowakischen Sozialismus. Aber Dubcek und Genossen sind eben – wie hier wiederholt betont wurde – in der Moskauer Schule gedrillte Kommunisten, für die Sozialismus und Treue zur Sowjetunion – das heisst zu deren regierender Schicht – gleichbedeutend waren und für die nach wie vor die «führende Rolle der Partei» im Kampf um den Sozialismus als feststehender

Glaubenssatz galt. Daran packten die Russen sie auch teuflisch geschickt. Die Reformer meinten wirklich, ihr «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» sei mit der Treue zu Moskau durchaus vereinbar, und zählten offenbar darauf, dass man auch im Kreml so denke. Sie merkten nicht, dass sie mit ihrem Programm tatsächlich den Zusammenhang mit dem sowjetischen Führerstaat und dessen Gefolgsländern gesprengt hatten. Sie konnten sich gar nicht vorstellen, dass sie je vor der Wahl stehen könnten, entweder einem freiheitlichen Sozialismus oder der Moskauer Herrenkaste treu zu bleiben. Die Breschnew, Kossygin und Suslow *wussten* es von der ersten Stunde an, stiessen aber bei Dubcek und seinen Freunden auf völliges Unverständnis. Besonders Dubcek nahm die Drohungen der Moskauer überhaupt nicht ernst und verschwieg die Behandlung, der er in Moskau ausgesetzt gewesen war, zuerst den andern Prager Führern fast leichtfertig – bis die Russen und ihre Hilfstruppen am 21. August in die Tschechoslowakei eindrangen.

Dann brach er zusammen. Seither konnten die «Rechtgläubigen» des Sowjetblocks mit ihm machen, was sie wollten, und mehr und mehr fanden sie bei den ursprünglichen Trägern der Reform auch überzeugtes Verständnis – so sehr, dass sich ihre Sprache von derjenigen, in der die Moskauer von Anfang an den Einmarsch begründeten, kaum mehr unterscheidet. Noch beteuern die Exreformer, dass die Tschechoslowakei nie und nimmer zum System Novotny zurückkehren werde – und in gewisser Beziehung ist das auch durchaus glaubhaft. Dass aber der «Husakismus» in wesentlichen Stücken den klassischen Gewaltkommunismus genau so treulich übernommen hat, wie es unter Novotny und Gottwald geschehen war, das liegt auf der Hand. Er wird darum genau so katastrophal scheitern wie das Regime, das die Reformer überwunden zu haben wähnten; im besonderen kann es schon heute als sicher gelten, dass die tschechoslowakische Wirtschaft damit nicht aus der kritischen Lage herauskommen wird, in die sie unter Novotny geraten ist. Ein moderner Wirtschaftskörper kann nicht – und am wenigsten in einem so stark der westlichen Welt zugewandten Land wie der Tschechoslowakei – gedeihen und leben, wenn in ihm nicht alle Kräfte und Glieder in freier Tätigkeit zum gemeinen Wohl planvoll zusammenwirken. Das gilt für die kapitalistische Wirtschaft, die nur eine verschleierte Gewaltherrschaft ist; es gilt aber ebenso für eine sozialistische Wirtschaft, die mit offener Gewalt zusammengehalten werden will. Man wird es auch an der Sowjetunion sehen.

Der Weg Nordkoreas* Die neue Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea, die durch den Abschuss eines amerikanischen Spionageflugzeugs anfangs April hervorgerufen worden ist, hat wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die *Demokratische Volksrepublik Korea* gelenkt. Wie steht es um den nordkoreanischen Staat eigentlich? Was für ein Geist beherrscht ihn? Was sind seine Zukunftsaussichten?

* Man vergleiche damit «Neue Wege», April 1969, Seite 124.

Es ist freilich nicht einfach, einigermaßen zuverlässige Antworten auf solche Fragen zu bekommen. Aber ein Bericht über Nordkoreas Weg zum Sozialismus, der vor kurzem in der Neuyorker «Monthly Review» (Januarheft 1969) erschienen ist, verdient doch alle Beachtung auch bei uns. Sein Verfasser, Ben Page, ist ein junger amerikanischer Soziologe, der im vorigen Sommer fünf Wochen in Nordkorea zugebracht hat als vielleicht erster Amerikaner, der seit dem Koreakrieg dorthin kam. Man würde fehlgehen, schreibt Page, wenn man annähme, dass Nordkorea so etwas wie ein Ableger der Volksrepublik China sei. Gewiss hat Nordkorea viel mit China gemein, aber in anderen, wesentlichen Dingen ist es doch von eigener Art, und wo es China gleicht, da hat es seine Linie schon mehr als zehn Jahre vor der chinesischen Kulturrevolution gefunden. Das gilt vor allem von seiner Ablehnung alles dessen, was man unter einem bürokratischen, von oben her diktierten und eingetrichterten Sozialismus versteht. Schon im April 1955 hat Ministerpräsident Kim Il Sung den Kampf gegen einen Funktionärapparat verkündet, der keine echte Fühlung mit dem Volk und seinen Bedürfnissen hat, dessen Mitglieder sich über Mängel und Fehler leicht, ja mit Lügen hinwegsetzen und die Parteigezugschaft zu gedankenlosem Gehorsam, zu Schmeichelei, Unterwürfigkeit und Strebertum erziehen. Alle derartigen Erscheinungen betrachtet die Führung der Kommunistischen Partei als Überbleibsel der vorrevolutionären Zeit und des japanischen Besatzungsregiments. Der Sozialismus kann nach ihrer Auffassung nur durch freie, aufgeklärte und geschulte Mitarbeit des Volkes selbst aufgebaut werden. «Die Methode, die in der Zusammenarbeit mit dem Volk angewandt werden muss, ist Erklärung und Überzeugung, nicht Ausgabe allgemeiner Richtlinien und Ausübung von Zwang... Kims Endvorschlag war, dass die willkürlichen Entscheidungen, die gewöhnlich herauskommen, wenn ein einziger die tatsächliche Befehlsgewalt ausübt, besonders wenn er nicht genügend politisches Bewusstsein hat, durch den Grundsatz der gesamthaften Beschlussfassung richtiggestellt werden müssen. Im Rahmen dieses Grundsatzes wurden jedoch ständige Selbstkritik, Arbeiterklassenbewusstsein und Erziehung zur massenorientierten revolutionären Denkweise als dringend notwendig gefordert, um auch Gemeinschaften davor zu schützen, dass sie der Bürokratie zum Opfer fallen.»

In diesem Geist wurde und wird der *sozialistische Aufbau von Landwirtschaft und Industrie* bewusst durchgeführt. «Die Länder Osteuropas, eingeschlossen die Sowjetunion, haben sich mehr und mehr Massnahmen zugewandt wie der Gewährung weitgehender Selbständigkeit an die Unternehmungen, der Beschränkung der Wirtschaftspläne auf die Rolle allgemeiner gesamtwirtschaftlicher Richtlinien, wobei rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Erwägungen der Vorrang gegeben wurde, sowie der Betonung der Gewinnerzielung bei den Unternehmungen und materieller Arbeitsantriebe bei den Werkstätigen. Die koreanischen Planer haben demgegenüber eine ganz verschiedene Haltung in Fragen der Betriebsführung eingenommen.» In der Landwirtschaft wie in der Industrie wurde der Grundsatz aufgestellt und befolgt (wobei Kim persönlich voranging), dass die

höheren Organe nicht einfach den unteren Stellen Anweisungen und Sollvorschriften geben, sondern ihnen zu helfen suchen sollten, was eine gründliche Kenntnis der Arbeits- und Lebensbedingungen des Volkes nötig machte. Gleichzeitig wurde grösster Wert auf die Entwicklung des politischen Bewusstseins gelegt, auf die Erziehung zum Verständnis des Kampfes für den Sozialismus im eigenen Land, der dem amerikanisch besetzten Südkorea als Vorbild dienen könne. Die Bauern und Arbeiter wurden aus ihrer Schicksalsergebenheit und Gleichgültigkeit herausgerissen, wie sie früher unter der Herrschaft der Grundbesitzer und der kolonialen Ausbeutung üblich gewesen war. Die Erfolge, die dieses Vorgehen brachte, sind eindrucksvoll. Die Landwirtschaft machte erstaunliche Fortschritte. Über 90 Prozent der Dörfer haben Elektrizität. Ausgedehnte Bewässerungseinrichtungen brachten viel Neuland unter den Pflug. Die Landwirtschaftstechnik ist weitgehend modernisiert. Die Lehm- und Strohdachhütten machen mehr und mehr massiveren, gesunden Wohnungen Platz. Die Armut ist in den Städten wie auf dem Land sehr stark zurückgedrängt. In den besseren Kollektivbetrieben auf dem Land werden bis zu 300 Wons im Monat je Haushalt verteilt – das Dreifache der Besoldung des Betriebsleiters einer Textilfabrik.

In der Industrie werden die Betriebe von einem Ausschuss geleitet, dem der Direktor und der Obergeringieur angehören, neben Vertretern aller Abteilungen des Unternehmens. Auf die Selbstbestimmung der Werktätigen wird grösstes Gewicht gelegt. Die Erziehung zum sozialistischen Denken und Handeln als Voraussetzung der Arbeitsergiebigkeit spielt dabei eine Hauptrolle. Im Gegensatz zu den osteuropäischen Wirtschaftssystemen geht die Richtung in Nordkorea nicht auf mögliche Selbständigkeit der Einzelbetriebe aus, sondern auf ihre freiwillige, verständnisvolle Einfügung in den sozialistischen Gesamtplan. Nur so, glaubt man, könne die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft über die kapitalistische bewiesen werden. Und die Wirtschaft selbst soll ja nur ein Teil der sozialistischen Ordnung des gesamten Volkslebens sein. Ausgeglichenes Wachstum von Wohlstand, Bildung und Kultur, eingeschlossen Schulwesen, Gesundheitsfürsorge, Ferienordnung, Altersfürsorge und dergleichen, ist das Ziel. «Nur durch Verlass auf das Volk», so stellt Ben Page fest, «ist es nach koreanischer Ansicht möglich, die Mängel der alten Planwirtschaft zu beseitigen, den Konservatismus von Fachleuten und Spezialisten zu überwinden und eine wahrhaft dynamische Wirtschaft zu entwickeln. Wie die Koreaner es darstellen, ist ihre Einstellung zu den Fragen der Betriebsführung und Planung in einer vielgestaltigen, industrialisierten, sozialistischen Wirtschaft die, dass die Planung einheitlich und bis ins einzelne gehend geleitet werden muss auf der Grundlage der Mitwirkung der Massen und des demokratischen Zentralismus und mit ständiger politischer Erziehung unter Führung der Partei.» Von materiellen Anreizen zur Arbeit ist wenig die Rede; die entscheidenden Antriebskräfte sind moralischer Art. «Entgegen der zunehmenden Neigung in Osteuropa werden auch die Betriebsüberschüsse nicht nach Massgabe der Kapitalanlage, in Verbindung mit der Arbeitsleistung, verteilt. Der Staat als Eigentümer aller industriellen Produktionsmittel verteilt vielmehr

die ‚Gewinne‘ auf Grund der gesellschaftlichen Bedürfnisse, um die Mittel für ärztliche Betreuung, Schulung, Wohnungsbau, Entwicklung der Landwirtschaft usw. wie für die Neuanlage von Kapital zu gewinnen.» Das ist möglich geworden durch die frühere Entwicklung der Schwerindustrie, deren Leistungen jetzt die Anlage von Kapital in anderen Wirtschaftszweigen ermöglichen.

Nordkorea hat so eine vielgestaltige Volkswirtschaft bekommen, die das Land vom Ausland unabhängig und schuldenfrei gemacht hat, im Unterschied von Südkorea mit seiner wirtschaftlichen wie politischen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. «Selbstverlass» ist denn auch ein überall gehörtes Losungswort der nordkoreanischen Revolution geworden. Auf dieser Grundlage wird auch die Wiedervereinigung mit dem Süden und die Vertreibung aller ausländischen Streitkräfte aus diesem Landesteil erstrebt. Nordkorea hält sich vom Anschluss sowohl an den Sowjetblock wie an die Volksrepublik China frei, geht vielmehr wie Nordvietnam und Kuba seinen eigenen Weg zum Sozialismus. Dass es auf diesem Weg erst recht alle Kontrollierung und Beeinflussung durch die Vereinigten Staaten, die Vormacht des Weltkapitalismus, scharf ablehnt, konnte man, wenn aus nichts anderem, mindestens aus seinen Zusammenstößen mit dem amerikanischen Militärapparat in Ostasien lernen.

Fortschritt in Kuba Ich habe vorhin *Kuba* erwähnt. Man hört von ihm bei uns ziemlich wenig – und das ist ein gutes Zeichen. Denn wenn es mit dem sozialistischen Aufbau in Kuba schlecht stünde, so würde das, besonders dank der nordamerikanischen Propaganda, schnell in der ganzen Welt bekannt werden. Tatsächlich arbeitet sich das neue Kuba, sicher mühsam, aber mit stetigem Erfolg im ganzen, vorwärts und aufwärts. Sogar der erste Mai ist heuer Arbeitstag gewesen, damit ja das noch ferne Ziel für die Erhöhung der Zuckerernte in den Jahren 1969 und 1970 erreicht werde. Und man kann überzeugt sein, *dass* es erreicht wird. Die Zuckerproduktion gehört eben auch seit der Revolution zu den Kernstücken der kubanischen Wirtschaft.

Von den übrigen Fortschritten, die Kuba in den letzten Jahren auf zahlreichen Gebieten gemacht hat, seien heute zwei herausgegriffen: die Leistungen auf dem Gebiet der *Volkserziehung* und in der Förderung der Volksgesundheit.

Vor der Revolution konnten 23,6 Prozent der Bevölkerung weder lesen noch schreiben. In einem einzigen Jahr – 1961 – ist diese Zahl auf 3,9 Prozent herabgedrückt worden. Das ist eine Leistung, die in der Welt wohl ziemlich einzig dasteht. Was das heisst, sieht man am besten aus einem Bericht der Interamerikanischen Entwicklungsbank über «Sozialwirtschaftliche Fortschritte in Lateinamerika» aus dem Jahre 1967. Danach sind in diesem Raum immer noch 33 Prozent aller Einwohner des Lesens und Schreibens unkundig. In Argentinien sind es zwar 8,6 Prozent, dafür aber in Haiti 80 Prozent. In der Mitte steht etwa Ecuador mit 32,5 Prozent im Jahre 1960.

Das Lesen und Schreiben ist freilich nur die Grundlage einer besseren

Volksbildung. Aber seit fast zehn Jahren wird die ganze Bevölkerung planmässig auf allen Stufen des Schulunterrichts gefördert. Heute geniessen fast 28 Prozent der Gesamtbevölkerung von 8 Millionen irgendeine Form ständigen Unterrichts, sei es in den «normalen» Primar-, Sekundar-, Mittel- und Hochschulen, sei es in Fortbildungsschulen und Erwachsenenkursen. Vor der Revolution waren es etwa 13 Prozent. Die Volkszahl ist in diesem Zeitraum um 25 Prozent gestiegen, die Zahl derjenigen Kubaner, die planmässigen Unterricht irgendwelcher Art bekommen, aber um fast 170 Prozent.

Die Güte des Unterrichts lässt natürlich vielfach zu wünschen übrig und steht eben nicht auf der Höhe der Schulbildung im Lande Pestalozzis (obwohl wir wahrhaftig auch eine pädagogische Revolution nötig hätten!). Es fehlt namentlich auch an ausgebildeten Lehrkräften; doch werden grösste Anstrengungen gemacht, um solche Kräfte besonders aufs Land hinauszubringen, wo sie tätigen Anteil an der Verbesserung der Landwirtschaftstechnik und an der Hebung der Viehzucht nehmen. Was aber Kuba seit Jahren für das Schulwesen an Mitteln aufwendet, grenzt ans Phantastische – viermal soviel wie vor der Revolution. Je Kopf der Bevölkerung sind es 39 Dollar, je Schüler 141 Dollar. Zum Vergleich: In den lateinamerikanischen Ländern zusammen beträgt die erste Zahl etwa 6 Dollar, die zweite 36 Dollar. Auch Uruguay, das am meisten dafür ausgibt, bleibt mit 23 Dollar je Kopf und 126 Dollar je Schüler unter den kubanischen Leistungen. Und während vor der Revolution nur eine Million Bücher aller Art in Kuba veröffentlicht wurden, waren es in dem einzigen Jahr 1967 bereits acht Millionen. Ohne eine gut geschulte und unterrichtete Bevölkerung, so ist man in Kuba überzeugt, ist eben kein Aufstieg aus dem Zustand auch der wirtschaftlichen, technischen und politischen Unterentwicklung möglich. Und Anspruch auf Ausbildung, die meistens ganz kostenlos ist, hat in Kuba jedes Kind und jeder Erwachsene.

Der Förderung der *Volksgesundheit* stehen in Kuba bedeutende Hindernisse im Weg, so der Mangel an Ärzten, von denen seit der Revolution ein Drittel das Land verlassen hat und immer noch vier bis sechs jeden Monat fliehen. Dazu der wirtschaftliche und soziale Rückstand Kubas im allgemeinen, der ungünstig auf die Volksgesundheit einwirkt. Die Medizin in kapitalistischen Ländern ist auch viel mehr auf die blosse *Heilung* von Krankheiten eingestellt, was bei einem Überfluss an Ärzten und an Geld bei vielen Kranken eher erträglich ist als in einem unterentwickelten Land. In Kuba steht darum im Vordergrund die *Verhütung* von Krankheiten, gleichgültig wo die Menschen leben und was sie verdienen. Privatärzte, die auf Geldmachen angewiesen sind, gibt es in Kuba nicht mehr. Auch sind Ärzte und Spitäler nicht mehr vorab in den grösseren Gemeinden konzentriert, sondern über das ganze Land hin verstreut. Die Behandlung geschieht natürlich kostenlos. Im Jahre 1958 gab es nur *ein* Landspital mit 10 Betten; heute gibt es 47 Landspitäler mit 1300 Betten, dazu 50 ärztliche und zahnärztliche Kliniken, die früher unbekannt waren. Ganz Kuba zählt heute 170 Krankenhäuser (gegen 57 früher), dazu 250 Polikliniken. Betten stehen 42 000 zur Verfügung, doppelt soviel wie vor der Revolution, das sind 5,4 je 1000 Ein-

wohner gegen 3,3 früher. Von den 19 lateinamerikanischen Ländern weisen nur Argentinien und Uruguay höhere Zahlen auf als Kuba. Die Staatsausgaben für das Gesundheitswesen sind innert acht Jahren von 21 Millionen Pesos auf 180 Millionen, also auf das Neunfache, gestiegen.

Dementsprechend ist die Krankheits- und Todesrate in Kuba in einem Masse gefallen, das ohne die sozialistische Umwälzung unmöglich gewesen wäre. Eine Reihe von Volkskrankheiten ist fast verschwunden, andere sind stark zurückgegangen. Den besten Massstab für den Erfolg der planmässigen Feldzüge gegen Krankheit und Tod bietet vielleicht die Rate der Kindersterblichkeit. Nach dem bereits erwähnten Bericht der Interamerikanischen Entwicklungsbank beträgt sie in neun lateinamerikanischen Ländern über 80 auf 1000 Lebendgeburten, in zwei Ländern sogar 100 auf 1000 Lebendgeburten. In keinem anderen lateinamerikanischen Land bleibt sie unter 42 je 1000 Lebendgeburten. In Kuba war 1967 die entsprechende Zahl 37,7.

Das kubanische Beispiel wirkt ohne jeden Zweifel auf ganz Lateinamerika zündend und ermutigend. Die sachlichen Bedingungen für eine soziale Umwälzung sind in sämtlichen Ländern Mittel- und Südamerikas längst gegeben. Aber zwischen der Notwendigkeit einer Revolution und dem Willen der Völker zu ihrem Vollzug – mit welchen Mitteln er auch erstrebt werden mag – liegt immer noch eine breite Kluft. Wie und wann sie überbrückt werden kann, steht dahin. Auf jeden Fall haben die Mächte, die hinter der alten Ordnung walten, aus dem Fall Kuba gelernt, der drohenden sozialen und nationalen Revolution rechtzeitig (sofern das überhaupt noch möglich ist) und planmässig einen vorbeugenden Widerstand zu leisten. Namentlich die Vereinigten Staaten wissen, was sie zu verlieren haben, wenn «so etwas wie in Kuba» auch in anderen Ländern Lateinamerikas passieren sollte. Sie rechnen nur mit *einem* Umstand nicht: mit der inneren, der sittlichen Kraft des revolutionären Gedankens, die schlechthin unbesiegbar ist, soviel äussere, gewaltsame Hindernisse ihr auch in den Weg gelegt werden. Man wird das nicht nur in der Tschechoslowakei bestätigt sehen, die ihren eigenen Weg zum Sozialismus trotz allem finden wird; es wird sich auch an Lateinamerika, an Indien, an Persien, an den arabischen Ländern, an Südafrika und nicht zuletzt an Westeuropa und Nordamerika bewahrheiten, die alle der völligen Erneuerung ihrer gesellschaftlichen Ordnungen entgegengehen und sie auch erleben werden, «wenn die Zeit erfüllet ist».

3. Juni

Hugo Kramer

Revisionismus*

Für unsere Leser von ausserordentlichem Interesse ist eine kleine Schrift von *Konrad Farnet*, die unter obenstehendem Titel dem Problem der verschiedenen Abweichungen von der «reinen Lehre» nachgeht. Der Autor nennt seinen Aufsatz eine marxistische Abhandlung zum Brief des Apostels Paulus an die Römer. 12. 2.

Red.

* Stimme Verlag.